

Schwerpunkte und Zielsetzungen der Aufarbeitung und Auseinandersetzung um den NSU-Komplex in Jena: Stellungnahme des Arbeitskreises zivilgesellschaftlicher Akteure

Der Arbeitskreis wurde 2020 gebildet, um die Expertise von verschiedenen Jenaer Initiativen und Einzelpersonen bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungsreihe „Kein Schlussstrich! Jena und der NSU-Komplex“ vom 29. September bis 7. November 2021 einzubringen. Diese Stellungnahme dient der inhaltlichen Schärfung und bildet die gemeinsame Klammer einer Zusammenarbeit mit Stadt und Universität Jena, die keineswegs mit den Aktivitäten im Herbst enden soll und kann.

Das Anliegen

Unser gemeinsames Ziel ist es, die historischen Wurzeln sowie die stadtgesellschaftliche und politische Verantwortung an den Taten des NSU zu untersuchen. In einem daraus erwachsenden, (selbst-) kritischen Diskurs wollen wir zu einer neuen Gedenkkultur, zu wachsender Sensibilität gegenüber den Betroffenen von Ausgrenzung, Hass und Gewalt und zu neuem Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus gelangen.

Rassismus tötet. Rassismus erzeugt Leid, Angst und Traumata. Rassismus verhindert die Entfaltung eigener Lebensmöglichkeiten und marginalisiert die Betroffenen von Diskriminierung und rechter Gewalt. Wie (Stadt-) Gesellschaften mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, mit zugefügtem Leid, antidemokratischen Haltungen und menschenfeindlichen Einstellungen bis hin zu rechtem Terror umgehen und wie sie daran erinnern, legt die politische Kultur eines Gemeinwesens offen. Auch struktureller Rassismus und bestehende Vorurteile in staatlichen Institutionen, Vereinen und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen und zwischenmenschlichen Lebens können sich hier offenbaren. Sollen Rassismus und Hass konsequent bekämpft werden, muss die Perspektive der Betroffenen und ihrer Angehörigen im Mittelpunkt stehen, müssen ihre Kämpfe um Anerkennung unterstützt und ihre Anliegen ernsthaft berücksichtigt werden.

Das gilt auch für die Betroffenen des sogenannten NSU-Komplexes. Diese Serie an Verbrechen steht für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, für Staatsversagen und eine nur unvollkommene Aufklärung. Sie begann in Jena und umfasste mindestens zehn Morde, 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle, unterstützt von mutmaßlich über 100 Gleichgesinnten, deren genaue Beteiligung noch nicht ermittelt ist. Bis heute sind viele Zusammenhänge nicht aufgearbeitet, viele Terror-Unterstützer*innen blieben unbehelligt. Betroffene und Angehörige fühlen sich allein gelassen. Ihre Gefühle der Hilflosigkeit, Wut und Angst kommen mit jedem neuen Anschlag auf Andersdenkende und (vermeintliche) Migrant*innen wieder auf. Der Verlust an Vertrauen in die staatlichen Organe und die verantwortlichen Politiker*innen sowohl regional als auch überregional wächst mit jedem Bericht über die eklatanten Unzulänglichkeiten im Umgang mit dem NSU-Komplex. Der Schmerz über den Verlust von Freund*innen und Angehörigen bleibt.

Jena ist die Stadt, aus der das Kerntrio des NSU-Komplexes und wichtige Teile des Unterstützer*innen-Netzwerks stammen. Hier wuchsen die Täter*innen auf, hier wurden sie zu

Rassist*innen, hier bildeten sie neonazistische Kameradschaften, begingen erste rassistische und antisemitische Straftaten, verfolgten und verletzten Andersdenkende und Migrant*innen, platzierten Bombenattrappen. All das geschah nicht im luftleeren Raum und nur teilweise im Verborgenen. Sie kamen von hier. Dennoch wollten sich in Jena nur wenige mit der Sozialisation der Neonazis in Winzerla sowie Lobeda und dem bis heute nur allzu unzulänglich beleuchteten NSU-Komplex auseinandersetzen. Und noch immer fallen Antworten auf die Frage schwer, warum dieses Milieu, in dem zentrale Akteur*innen des späteren NSU-Komplexes heranwuchsen, gerade in Jena - einer der buntesten ostdeutschen Städte mit vielen aktiven antifaschistischen Initiativen in den 1990er Jahren - gedeihen konnte.

Die Veranstaltungen vom 29. September bis 7. November 2021 fußen auf einer Kooperation zwischen JenaKultur, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Das Programm wird gemeinsam vorbereitet mit und veranstaltet von Initiativen, Vereinen, Institutionen und Einzelpersonen aus Jena und Umgebung, um eine möglichst breite Beteiligung zu erreichen: mit Beiträgen aus Stadtpolitik und Zivilgesellschaft, aus Kultur und Wissenschaft, unter Berücksichtigung (post-)migrantischer Perspektiven und Diskriminierungserfahrungen.

Mit der Einweihung des Enver-Şimşek-Platzes 2020 und den endlich auch von offizieller Seite der Stadt ausgehenden Aktivitäten wollen wir neue Schritte unternehmen. Wir wollen Ansätze suchen, wie angesichts jüngster Morde und Anschläge sowie angesichts der Wahlerfolge der AfD entschlossen gegen Rechtsextremismus und Rassismus angegangen werden kann.

Unsere Schwerpunkte:

- Aufarbeitung des NSU-Komplexes seit 1990 und der Kontinuitäten aus der Jenaer Perspektive
- Aufarbeitung der Rolle von Jugendarbeit und Schule
- Aufarbeitung der städtischen Verantwortung und des Wegschauens
- Kritisches Hinterfragen der Stadtgesellschaft in Bezug auf ihre Rolle und Verantwortung
- Formulierung von institutionell und politisch notwendigen Konsequenzen
- Angemessene Würdigung der Rolle widerständiger Gruppierungen: Gegenöffentlichkeiten, insbesondere antifaschistische, antirassistische, feministische, dekoloniale und (post-)migrantische Perspektiven
- Weitere Konzentration auf die Frage, was in den neunziger Jahren falsch gelaufen ist (beispielsweise Fallstricke der akzeptierenden Jugendarbeit, institutioneller Rassismus, Akzeptanz für Rechtsextremismus und die Rolle der Extremismustheorie)
- Verantwortliche aus den späten 80ern und 90ern sollten die Chance bekommen, ihre Rolle von damals kritisch zu reflektieren, vielleicht auch um Entschuldigung zu bitten
- Schließlich: Welche systemischen Probleme von damals existieren noch heute?

Die Ziele

Wichtige Voraussetzung für eine wirksame Aufarbeitung ist die Kooperation zwischen Vereinen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Forschungseinrichtungen und städtischen Institutionen, um eine möglichst breitenwirksame und den gemeinsamen Zielen verpflichtete Auseinandersetzung zu führen.

Worin bestehen die gemeinsamen Ziele? Es geht um eine gemeinsame normative Grundlage, die nicht einengend, sondern fokussierend wirkt, eine gemeinsame Sprache der verschiedenen Akteur*innen ermöglicht und Anknüpfungspunkte für ein Miteinander schafft. Dieses Miteinander soll nicht im Herbst 2021 enden, sondern eine langfristige Kooperation zwischen Wissenschaft, Kultur, städtischen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen schaffen. Eine derartige Verständigung wirkt nicht nur nach innen, sondern auch nach außen.

Uns ist wichtig:

- Unsere Zusammenarbeit fußt auf dem Bekenntnis zu Menschenrechten und einer demokratischen Gesellschaft
- Wir wollen den Blick nicht auf die Täter*innen fixieren
- Wir wollen Diversität: Wer spricht, wer wird gehört und wer hört zu?
- Wir wollen, wann immer möglich, von Rassismus betroffene Menschen auf den Podien
- Wir wollen geschlechterparitätisch besetzte Podien
- Wichtig ist uns die Vielfalt der Stimmen und Perspektiven: Es geht uns um die kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven und Stimmen und um unsere Gemeinsamkeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus
- Veranstaltungen aus rechten Perspektiven lehnen wir ab
- Veranstaltungen, die ein kritikloses Podium für verwickelte Institutionen (Verfassungsschutz, Polizei...) bieten oder die nochmalige Wiederholung von Extremismus- und Hufeisentheorien beinhalten, lehnen wir ab
- Einladungen an Vertreter*innen des Verfassungsschutzes als Referent*innen sind angesichts des Wirkens der Ämter gegenüber dem NSU nicht gewünscht. Kritisch gesehen werden ebenso Einladungen an die Polizei angesichts des polizeilichen Handelns gegenüber dem NSU-Komplex
- Die Veranstaltungen sollen nicht zu einem Tribunal gegenüber den Beteiligten auf Podien verkommen, kritische Diskussionen sollen aber ausdrücklich ermöglicht werden
- Barrierefreiheit sollte bei allen Veranstaltungen sichergestellt werden.
- Wir dokumentieren die Ergebnisse der Veranstaltungen, um nachhaltiges Wissen zu erzielen
- Wir wollen, dass Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zurückgedrängt werden. Daher werden die Veranstalter*innen und alle Beteiligten aufgefordert, Forderungen an Stadtgesellschaft und Stadtpolitik zu formulieren